

Die zunehmend horizontalen Auswirkungen des Schutzes personenbezogener Daten^{*}

Peter Hustinx

Europäischer Datenschutzbeauftragter

Auch wenn der Schutz personenbezogener Daten einmal ein etwas seltsames Thema war, das nur Fachleute anging, ist dies heute vor allem aus drei Gründen nicht länger der Fall. Die zunehmende Bedeutung der Informationstechnologien in allen Lebensbereichen hat zur Folge, dass sich nicht nur Bürger, sondern auch die verschiedensten Berufsgruppen zwangsläufig mit der Frage des Schutzes personenbezogener Daten auseinandersetzen müssen. Gleichzeitig nehmen diese Fragestellungen nicht nur zunehmend globale Züge an, weil immer mehr Menschen, Unternehmen oder Regierungen die im Internet angebotenen Dienste nutzen, sondern sie betreffen auch immer stärker den einzelnen Menschen, weil mobile Geräte uns die Möglichkeit bieten – und manchmal auch erfordern – stets „online“ und erreichbar zu sein, wie auch immer der Einzelne dazu stehen mag.

Dies erklärt, warum Artikel 8 der Charta der Grundrechte eine gesonderte Bestimmung zum Schutz personenbezogener Daten enthält. Es ist auch der Grund, warum der Vertrag von Lissabon nicht nur die Charta für die Organe und Einrichtungen der EU und die Mitgliedstaaten, die im Anwendungsbereich des Unionsrechts handeln, verbindlich gemacht hat, sondern warum auch in Artikel 16 AEUV eine allgemeine Bestimmung aufgenommen wurde, der zufolge das Europäische Parlament und der Rat gehalten sind, Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten zu erlassen. Auf diese Weise konnte sichergestellt werden, dass die Rechtsrahmen der EU aktuell und auf dem neuesten Stand sein würden, um die Herausforderungen der Welt von heute zu bewältigen.

Die Auswirkungen dieses neuen rechtlichen Umfelds sind inzwischen auf mehreren Ebenen sichtbar. So debattieren das Europäische Parlament und der Rat derzeit intensiv die Vorschläge der Kommission für eine allgemeine Datenschutzverordnung

^{*} Leitartikel in *eu crim - The European Criminal Law Associations' Forum*, Ausgabe 2013/1, S. 1 - Focus: Information and Data Protection.

und eine Richtlinie zum Datenschutz im Bereich der Strafverfolgung. Es ist denkbar, dass dies, wie beabsichtigt, bis zum Frühjahr 2014 in einen modernisierten Rechtsrahmen mündet, der ab 2016 rechtskräftig wäre. In der Tat wäre es wünschenswert, dass diese Bestimmungen breitestmögliche Anwendung finden und Kohärenz auf horizontaler Ebene gewährleisten, um dem Geist der Charta in allen Politikbereichen der EU Rechnung zu tragen. Im gegenwärtigen Stadium bleibt noch einiges zu tun, doch ist ein gutes Ergebnis letztendlich möglich, wenn alle Beteiligten sich weiter so engagiert einbringen, wie sie dies im Moment tun.

Eine weitere Auswirkung ist mittlerweile ebenfalls erkennbar. Bei den Aufgaben des EDSB sowohl in Verbindung mit der Aufsicht als auch der Beratung zu neuen Rechtsvorschriften in verschiedenen Politikbereichen sehen wir ähnliche Einflüsse am Werk. Der Beitrag zum Datenschutz beim OLAF in dieser Ausgabe zeigt, dass dem Datenschutz im Bereich der Betrugs- und Korruptionsbekämpfung beträchtliches Gewicht beigemessen wird, und dass er gleichzeitig als strategisches Instrument genutzt werden kann, um ein rechtmäßiges Vorgehen nach Treu und Glauben in einem Bereich zu gewährleisten, in dem auf beiden Seiten weitreichende Konsequenzen zu gewärtigen sind. Obgleich das OLAF sich aus dem Geltungsbereich des Gemeinschaftsrechts heraus entwickelt hat, war es auch im Schnittstellenbereich zum Strafrecht tätig und hat mit EU-Einrichtungen in diesem Bereich zusammengearbeitet. Der Umgang des OLAF mit dem Datenschutz kann daher gute Anhaltspunkte liefern, wenn es darum geht, Kohärenz auf horizontaler Ebene zu gewährleisten und in der Praxis zu realisieren.

Etwa 40 % der Kommissionsvorschläge, die der EDSB seit dem Jahr 2005 in seinen Stellungnahmen zu neuen Rechtsvorschriften analysiert hat, waren eng mit dem Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts verknüpft. Dies ist und bleibt ein wichtiger Bereich für unseren Auftrag, einen Beitrag dazu zu leisten, dass das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten in alle Politikbereiche der EU angemessen Eingang findet. Andere Bereiche gewinnen jedoch ebenfalls an Bedeutung. Einer davon ist der Finanzsektor, wo eine Reihe von Reformvorschlägen Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz personenbezogener Daten aufgeworfen hat; dabei kann es um die Finanzinstitute selbst aus einer „Kenne Deine Kunden“-Perspektive heraus oder aber um Behörden gehen, die auf einem dynamischen Markt, der sich

immer stärker auf sensible Daten über Kunden und Dienstleister in der Finanzbranche stützt, die Einhaltung strengerer Vorschriften sicherstellen müssen.

Dies ist die neue Realität, und in diesem Kontext stehen die übrigen Beiträge in dieser Ausgabe. Sie alle machen deutlich, warum es in dem neuen Rechtsrahmen für den Datenschutz darum geht, eine bessere Wirksamkeit und mehr durchgängige Kohärenz zu gewährleisten.